



Positionen der IHK Halle-Dessau zur Landtagswahl 2016

Standortpolitik



Industrie- und Handelskammer
Halle - Dessau



Inhalt

Einleitung.....	2
Arbeitsmarktpolitik.....	4
Demografie.....	6
Bildung.....	8
Energiepolitik.....	10
Steuer und Finanzen.....	12
Digitalisierung.....	14
Deregulierung.....	16
Umwelt.....	18
Außenwirtschaft.....	20
Technologie.....	22
Infrastruktur.....	24
Landesimage.....	26

Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt und einiges erreicht. Die Richtung stimmt, das wirtschaftliche Strukturmodell ist erfolgsgeneigt. Die ambitionierte Haushaltskonsolidierung trägt nun Früchte. Die Arbeitslosenquote hat sich binnen eines Jahrzehnts halbiert. Dennoch ist nicht alles Gold, was glänzt: Der Konvergenzprozess der neuen Bundesländer und im Besonderen Sachsen-Anhalts ist ins Stocken geraten. Die jüngsten Wachstumsraten sind nicht dazu angetan, insoweit für neue Dynamik zu sorgen. Dringend und grundsätzlich notwendig sind mehr Investitionen – sowohl öffentliche als auch private. Und selten waren die finanziellen Voraussetzungen für Investitionen so günstig wie heute.

Den Hauptgrund für die Investitionszurückhaltung privater Unternehmer sehen wir in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die – insbesondere mit Blick auf die Berliner Bundespolitik – als unzureichend bzw. mitunter gar als mangelhaft bezeichnet werden müssen. Wenn ordnungspolitische Grundsätze so leicht dem Zeitgeist preisgegeben werden wie heute, ist dies kaum verwunderlich. Die Ungewissheit der Unternehmer, welcher Grundwert oder Grundsatz als Nächstes aufgegeben wird, macht sich in der Investitionszurückhaltung bemerkbar.

So galt etwa bis vor kurzem der Grundsatz, dass in unserer Sozialen Marktwirtschaft Preise durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage entstehen. Nur so können in einer Marktwirtschaft Produktionsprozesse koordiniert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass wertvolle Ressourcen nicht brachliegen. Ohne Not wurde gegen dieses Prinzip mit dem gesetzlichen Mindestlohn massiv verstoßen. Den Preis für Arbeit setzt jetzt in einigen Fällen der Staat fest; mehr Arbeitsplätze entstehen so gewiss nicht. In manchen Regionen Deutschlands werden künftig auch die Mieten kontrolliert; dass dies zum notwendigen Neubau auch nur einer einzigen Wohnung beiträgt, wird niemand ernsthaft annehmen.

Dass privatwirtschaftliche Unternehmen Waren und Dienstleistungen produzieren, ist ein weiterer Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft, der heute gern vergessen wird. Lieber betätigen sich da die Kommunen selbst, nicht immer zum Nutzen, sondern mitunter gar eher zu Lasten der Bürger und Unternehmer. Der rechtfertigende Hinweis auf die „Daseinsvorsorge“ ist schnell zur Hand und verkommt nicht selten zum Etikett und Schutzschild gegen den unbequemen Wettbewerb. Alle besonders wichtigen Gü-

ter müssten vom Staat bereitgestellt werden, so die „Daseinsvorsorger“. Dabei ist jedoch genau das Gegenteil richtig: Wenn man will, dass Güter dauerhaft effizient und in einer angemessenen Qualität angeboten werden, dann muss man die Produktion privaten Unternehmen überlassen.

Ohne eine gewisse Konstanz und Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik wird jede Investition zum reinen Glücksspiel. Denn investieren heißt, sich langfristig zu engagieren. Dies erfordert eine gewisse Planungssicherheit für Unternehmer. Wirtschaftliche Betätigung im Wettbewerb ist immer ein Handeln unter Unsicherheit. Die Politik darf die Unsicherheit jedoch nicht noch unnötig erhöhen. Investitionen werden sonst entwertet oder bleiben ganz aus. Standortentscheidungen werden dann leicht zugunsten anderer Regionen getroffen.

Mit der Landtagswahl 2016 geben sich die Bürger Sachsen-Anhalts eine Regierung, die das Land durch eine Zeit wichtiger Weichenstellungen führen wird. Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Land und auch zwischen den Bundesländern kommen auf den Prüfstand. Auch aus Europa ist deutlich weniger finanzielle Unterstützung zu erwarten.

Sachsen-Anhalt muss deshalb auf einem dauerhaft stabilen und selbst erarbeiteten finanziellen Fundament stehen. Das heißt im Kern, Landesaufgaben mit eigenen Einnahmen zu finanzieren, ohne sich neu zu verschulden. Eigene Einnahmen freilich setzen gesunde, leistungsstarke Unternehmen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze voraus. Dafür wiederum sind gute Rahmenbedingungen unabdingbar. Wie solche Rahmenbedingungen aussehen, auf welches Fundament diese selbst gebettet, welchen Prinzipien sie verpflichtet und mit welchen konkreten Maßnahmen sie erreichbar bzw. umsetzbar sind, haben wir in unserem Positionspapier zur Landtagswahl zusammengetragen. Wir wünschen allen interessierten Lesern eine anregende und aufschlussreiche Lektüre und hoffen auf konstruktive Kritik.



Carola Schaar
Präsidentin



Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer

Arbeitsmarktpolitik

Arbeit muss sich lohnen!

Das **Ziel** wirksamer Arbeitsmarktpolitik besteht in mehr Beschäftigung, insbesondere: mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt!

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Arbeit muss sich lohnen – für Unternehmer und für Beschäftigte gleichermaßen: Bei staatlichen Vorgaben zur Lohnhöhe muss bedacht werden, dass Löhne für Unternehmen gleichzeitig immer auch Kosten sind. Wenn Lohnsteigerungen auf den (anderen) Märkten nicht verdient werden können, münden sie letztlich in Arbeitslosigkeit. Besonders der gesetzliche Mindestlohn gefährdet zuerst die Arbeitsplätze von gering Qualifizierten.

Mehr Markt für den Arbeitsmarkt – starre Strukturen und Reglementierungen lockern: Starre Strukturen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise beim Kündigungsschutz, sichern nur scheinbar langfristige Beschäftigung. Wenn die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Unternehmer zu hohe ökonomische Risiken bedeutet, dann werden diese zusätzlichen Arbeitsplätze ausbleiben. Mehr Flexibilität gefährdet Arbeitsplätze somit nicht, sondern sichert diese! Auch müssen angesichts der Digitalisierung und veränderten Kundenbedürfnissen Arbeitszeitregelungen modernisiert werden.

Vorrang für den ersten Arbeitsmarkt! „Gut Gemeintes“ bewirkt oft Negatives: Öffentliche Beschäftigungsprogramme sind meist wenig geeignet, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem verdrängen sie nicht selten auf Dauer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Zielführender wären mehr Anreize für Arbeitslose, sich aktiv um eine Beschäftigung zu bemühen.

Handlungsempfehlungen

- **Priorität für den ersten Arbeitsmarkt!** Öffentliche Beschäftigung darf keine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt darstellen.
- **Lohnabstandsgebot beachten!** Ökonomische Anreize für Arbeit müssen gewahrt werden.
- **Einfache Arbeit bezahlbar und einträglich machen:** tarifäre und staatliche Belastungen („Abgabenkeil“) müssen verringert werden.
- **Gesetzlichen Mindestlohn evaluieren!** Die Wirkungen des Instrumentes müssen objektiv überprüft werden. Darunter fallen auch unangemessene bürokratische Belastungen wie die Aufzeichnungspflicht und die Auftraggeberhaftung.
- **Flexibilität erhalten!** Zeitarbeit und Werkverträge sind in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unerlässlich und nicht unter den Generalverdacht der Missbrauchsanfälligkeit zu stellen.
- **Arbeitszeitgesetz reformieren!** Starre Arbeitszeitregelungen funktionieren nur selten für moderne Unternehmen, die sich für Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Individuelle Regelungen mit den Arbeitnehmern sollten hier Vorrang haben.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmensicht

Wie sieht Ihre Strategie für mehr Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt aus?

Werden Sie sich für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt einsetzen? Wie?

Wie wollen Sie Verwerfungen beseitigen, die aus dem Mindestlohn entstanden sind?

Demografie

Mehr Menschen braucht das Land!

Das **Ziel** aller Bemühungen besteht darin, den Rückgang der Einwohnerzahl des Landes zu verringern.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Bevölkerungspolitik ist mehr als (primär sozialpolitisch motivierte) Familienpolitik: Wie kaum eine andere Region in Europa ist Sachsen-Anhalt bereits dem demografischen Wandel unterworfen und wird dies künftig noch stärker sein: Immer weniger Kinder werden geboren, gleichzeitig werden immer mehr Menschen immer älter. Zudem war die Abwanderung über lange Zeit hoch. Die Herausforderungen im Land sind entsprechend groß.

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und müssen „lohnen“: Die niedrige Geburtenrate ist kein Zufall, sondern Ergebnis der bewussten Entscheidung vieler junger Paare gegen Kinder. Auch wenn diese Entscheidung gewiss nicht auf einer finanziellen Kosten-Nutzen-Abwägung beruht, so lassen auch wirtschaftliche Gründe junge Paare bisweilen eben doch zögern, eine Familie zu gründen.

Zuwanderer müssen willkommen sein, potentiellen Abwanderern muss durch erfolgreiche Wirtschaftspolitik eine lohnenswerte Perspektive geboten werden: Die Wanderung innerhalb Deutschlands fällt weiterhin ungünstig für Sachsen-Anhalt aus. Die aktuell stärkere Zuwanderung aus dem Ausland gleicht die Verluste zwar nahezu aus. Dies kann als Chance gesehen werden, um die demografische Entwicklung zu entschärfen, drohende Fachkräftengpässe zu vermeiden und die gesellschaftliche Vielfalt zu erhöhen. Die derzeitigen Einkommensgrenzen und Vorrangprüfungen indes sind unnötige Hürden und schaden dem sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt. Ausländische Bildungsabschlüsse müssen unbürokratisch und schnell anerkannt werden.

Handlungsempfehlungen

Mit Blick auf die Bundesebene:

- Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung: keine Begrenzung der Höchstverleihdauer, um Unternehmen Flexibilität etwa bei der Elternteilzeit zu ermöglichen.
- Steuerrecht: Familien- statt Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer; familienfreundliche Beschäftigungsmodelle in Unternehmen steuerlich honorieren.
- Zuwanderungsrecht: bestehende Regelungen zielen stark auf Abschottung insbesondere des Arbeitsmarktes ab – dies muss geändert werden, um eine Zuwanderung von Fachkräften zu ermöglichen!

Mit Blick auf die Landesebene:

- Kein Landesbetreuungsgeld, sondern Ausbau des Angebotes an bezahlbaren Plätzen in Kindertagesstätten sowohl durch mehr Plätze als auch flexiblere Randbetreuungszeiten.
- Willkommenskultur für Zuwanderer stärken!
- Ermessensspielräume auf Landesebene bei der Integration von ausländischen Zuwanderern in den Arbeitsmarkt konsequent nutzen! Schnelle Integration als Ziel erfordert unbegrenzten Zugang zu Bildung; keine Anwendung des Asylrechts für Minderjährige!

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie werden Sie die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen?

Was werden Sie zur Stärkung der Fachkräftebasis der Wirtschaft tun?

Wie wollen Sie Sachsen-Anhalt für Zuwanderer attraktiver machen?

Bildung

Erziehung zu Freiheit, Demokratie, Leistungsfreude!

Das **Ziel** zukunftsgerichteter Bildungspolitik besteht darin, junge Menschen von Kindesbeinen an auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Verantwortung vorzubereiten.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Wertebezogene Bildungspolitik ist mehr als bloße Wissensvermittlung: So kommt dem Bekenntnis zu Weltoffenheit und Toleranz sowie Leistung und Wettbewerb als den Grundpfeilern einer offenen Gesellschaft besondere Bedeutung zu. Gute Bildungspolitik ist in doppelter Hinsicht ein Standortvorteil: Einerseits steigern gute Bildungsbedingungen die Attraktivität Sachsen-Anhalts als Wohnort, andererseits werden gut ausgebildete Menschen zu künftigen Fachkräften.

Fachwissen und Methodenkompetenz sind gleichermaßen bedeutsam: Unverzichtbar ist nicht nur solides Wissen über die Grundlagen und neueren Erkenntnisse in einzelnen Fächern, sondern auch und insbesondere Methodenkompetenz. Das heißt, mindestens so wichtig, wie die Frage, WAS man lernt, ist die Frage, WIE man lernt (und lehrt...!)

Auf die Mischung kommt es an: Mehr Akademiker bei gleichzeitig schwindender Facharbeiterbasis nützen niemandem. Die Chancen dualer Berufsausbildung müssen noch besser aufgezeigt werden.

Berufsorientierung optimieren – transparente und zielgruppenorientierte Gestaltung wählen: Die Entscheidung für einen Beruf stellt eine zentrale Weiche für den Verlauf des Arbeitslebens. Berufsorientierung in Schule und Freizeit klärt über die Vielfalt der Ausbildungsberufe auf und erleichtert die Entscheidung. Berufsorientierung muss an allen Schulformen – auch an Gymnasien – einen festen Bestandteil des Schulprogramms bilden. Allerdings setzt der Erfolg eines pluralen Angebots an Berufsorientierungsmaßnahmen eine systematische Abstimmung zwischen den durchführenden Institutionen und Praxispartnern voraus.

Handlungsempfehlungen

- Potenziale frühkindlichen Lernens besser nutzen!
- Qualitätswettbewerb im Schulsystem befördern durch mehr Autonomie bei Personal und Finanzen sowie der Vermittlung von Inhalten!
- Lehreraus- und -fortbildung verpflichtend mit mehr Praxisbezug!
- Bildungs-/Leistungsniveau der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verbessern!
- Duale Berufsausbildung muss wohnort- und/oder ausbildungsortnah organisiert werden!
- Betriebliche duale Ausbildung hat Vorrang, vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit vergleichbarem Abschluss sollten auslaufen!
- Berufsorientierung muss nicht nur an Sekundarschulen, sondern auch an Gymnasien verpflichtend sein! Berufsorientierung ist transparent und den Zielgruppen angepasst zu gestalten.
- Sprachschulungen für Zuwanderer organisieren, damit möglichst schnell die deutsche Sprache erlernt werden kann.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmensicht

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass unsere Kinder eine gute Schulbildung erhalten?

Was werden Sie tun, um die Voraussetzungen für eine solide Facharbeiterbasis zu sichern?

Wollen Sie den Zugang zum Gymnasium mit Leistungskriterien einschränken?

Energiepolitik

Sicher, bezahlbar und nachhaltig!

Das **Ziel** einer rationalen Energiepolitik besteht darin, den aktuellen und absehbaren Energiebedarf sicher, bezahlbar und nachhaltig zu decken.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Energie muss bezahlbar bleiben – als Produktionsfaktor und als Verbrauchsgut: Die deutsche Energiewende hat in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Anstieg der Energiepreise geführt. Und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien verursacht immer weiter steigende Kosten für die Stromnetze – die Netznutzungsentgelte in Sachsen-Anhalt sind so bundesweit mit die höchsten. Vor allem für die in weiten Teilen energieintensive Wirtschaft in Sachsen-Anhalt wird dies zunehmend zu einem Standortnachteil, dessen negative Auswirkungen zwingend begrenzt werden müssen.

Energie muss stabil zur Verfügung stehen – ohne Gas und Kohle absehbar nicht möglich: Unternehmen und Bürger vertrauen auf eine sichere und stabile Stromversorgung. Große Herausforderungen müssen dafür gemeistert werden, denn die Stromerzeugung aus Sonne und Wind ist stark schwankend. Grundlastfähige Gaskraftwerke arbeiten dagegen kaum rentabel und Kohlekraftwerke sind vor allem klimapolitisch stark umstritten.

Die Energiewende als langfristiges Projekt kann nur im europäischen Maßstab gelingen und braucht ein deutliches Mehr an Markt und Wettbewerb anstatt Ideologie: Energiepolitik darf keine reine Klimapolitik sein. Immer neue politische Vorgaben zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung, verbunden mit weiteren regulatorischen Eingriffen, führen zu neuen Kostenbelastungen und mehr Unsicherheit für das Gros der Unternehmen. Wirtschaft braucht jedoch Planungssicherheit, insbesondere für notwendige Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen in die Energieinfrastruktur.

Handlungsempfehlungen

- Die Landesregierung sollte sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Netznutzungsentgelte einsetzen.
- Die Zahlung sog. „vermiedener Netznutzungsentgelte“ für fluktuierende Einspeisungen sollte unverzüglich abgeschafft werden.
- Sachsen-Anhalts Wirtschaft braucht weiterhin einen ausgewogenen Energiemix unter Einbeziehung der grundlastfähigen einheimischen Braunkohle! Klimapolitisch motivierte Zusatzbelastungen konventioneller Energieträger darf es nicht geben!
- Die europäischen und bundesdeutschen Energieeinspar- und Klimaschutzziele sind bereits sehr ambitioniert. Darüber hinausgehende landespolitische Zielvorgaben sind unnötig und verschlechtern die Wettbewerbsposition der sachsen-anhaltischen Unternehmen.
- Die Landesregierung sollte sich für eine am Markt ausgerichtete Weiterentwicklung des Europäischen Emissionshandelssystems einsetzen, die die wirtschaftlichste Vermeidung von CO₂-Emissionen im Blick hat und nicht einen politisch gewünschten hohen Preis für CO₂-Zertifikate.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmenssicht

(Wie) wollen Sie sich für bezahlbare Energiepreise einsetzen?

Welche Rolle spielt für Sie die Braunkohle im Energiemix der nächsten 20 Jahre?

Wie wollen Sie erreichen, dass der weitere Netzausbau für erneuerbare Energien nicht zum Standortnachteil für Sachsen-Anhalt wird?

Das **Ziel** besteht darin, durch konsequente Konsolidierung Handlungsspielräume zu erschließen und diese für wachstumsorientierte Ausgaben zu nutzen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Ausgaben folgen Aufgaben. Deshalb im Zweifel festlegen: „Lieber privat statt Staat“: Ohne die notwendige Finanzausstattung bleiben viele sinnvolle Vorhaben fromme Wünsche. Finanzielle Handlungsfähigkeit ist deshalb unerlässlich. Notwendig ist also eine solide Haushaltspolitik, die sich an o. g. Grundsätzen orientiert. Die IHK begrüßt ausdrücklich die Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre. Dies insbesondere deshalb, weil damit dokumentiert wird, dass Haushaltskonsolidierung keineswegs allein auf der Einnahmeseite – durch das Drehen an der Steuerschraube – gelingen kann.

Das historisch gewachsene deutsche Steuersystem wird immer mehr zur Belastung: Die Berücksichtigung von immer mehr Partikularinteressen und Ausnahmeregelungen produzierte im Laufe der Zeit ein System, das heute zu hohen Bürokratiekosten und zu Wettbewerbsnachteilen für Unternehmen in Deutschland führt. Beispielhaft sei hier nur die Umsatzsteuer mit ihren ausufernden Nachweis- und Aufzeichnungspflichten genannt.

Das Steuersystem gefährdet zunehmend die Eigenkapitalbasis der Unternehmen: Die Substanzbesteuerung bei der Gewerbesteuer ist ein Hemmschuh für Investitionen und Unternehmenssanierungen. Wenn Unternehmen für Steuerzahlungen Eigenkapital aufwenden müssen, erschwert dies ihren Zugang zu Fremdkapital, schmälert die Basis für Investitionen und hindert sie am Wachstum – zum Schaden der Wirtschaft insgesamt.

Handlungsempfehlungen

Mit Blick auf die Bundesebene:

- Das Steuerrecht muss vereinfacht werden! Weniger Steuerarten und weniger Ausnahmen sowie klarere Regeln sorgen für mehr Transparenz und eine gerechtere Verteilung der Lasten.
- Kurzfristig sind gewerbsteuerliche Hinzurechnungen von Mieten, Pachten und Zinsen u.a. abzuschaffen. Langfristig benötigen die Kommunen anstelle der Gewerbesteuer eine konjunkturunabhängige Einnahmequelle, die ihnen mehr Planungs- und Finanzierungssicherheit gibt.

Mit Blick auf die Landesebene:

- Hilfreich wäre ein „Aufgaben- (und damit Ausgaben-)TÜV“ für die Landesaufgaben: Zu überprüfen ist, welche Aufgaben wirklich nur vom Staat erledigt werden können.
- Mehr öffentliche Investitionen! Die Schrumpfung der Investitionsquote muss gestoppt und (wieder) spürbar mehr investiert werden!
- Rundfunkbeitrag überarbeiten! Sachsen-Anhalt sollte sich dafür einsetzen, die durch die Reform entstandenen Zusatzbelastungen der Unternehmen zu mindern und besondere Härten zu beseitigen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich im Bundesrat für ein einfacheres Steuersystem einsetzen? Welche Vereinfachung streben Sie konkret wie an?

Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich für eine geringere Steuerbelastung einsetzen?

Welche Landesaufgaben könnten Ihrer Meinung nach auch privat erbracht werden?

Digitalisierung

Zukunftschancen nutzen!

Das **Ziel** besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der Wirtschaft Sachsen-Anhalts ermöglichen, die mit der Digitalisierung verbundenen Wachstumspotentiale auszuschöpfen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Digitalisierung ist der Schlüssel zu neuen Wertschöpfungspotenzialen und zum Erfolg im globalen Wettbewerb: Die Digitalisierung hält immer stärker Einzug in Produktionsprozesse und sonstige Betriebsabläufe. Diese Entwicklung wird sich weltweit in rasantem Tempo fortsetzen. Das birgt eine riesige Innovationskraft und führt gleichzeitig zu enormen Veränderungsprozessen in der Wirtschaft und in der ganzen Gesellschaft. Deshalb müssen in Deutschland und vor allem in Sachsen-Anhalt die Weichen für eine zügige und umfassende Digitalisierung gestellt werden. Wir dürfen den Anschluss im globalen Wettbewerb nicht verpassen!

Digitalisierung erfordert forcierten Breitbandausbau: Die sich aus der Digitalisierung ergebenden großen Chancen können nur mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen genutzt werden. Dafür muss in Sachsen-Anhalt spätestens bis 2018 die flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s sichergestellt sein. Dabei sind aus Gründen hoher Zuverlässigkeit kabelgebundene Lösungen zu bevorzugen.

Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und die Aus- und Weiterbildung grundlegend: Sichere und zuverlässige Informations- und Kommunikationssysteme brauchen zertifizierte Hard- und Software genauso wie qualifizierte Fachkräfte. Das gilt nicht nur für die Forschung und Entwicklung im IT-Bereich, sondern noch mehr für die vielfältigen Anwendungsprozesse in Wirtschaft und Verwaltung. Dafür müssen umfassende Angebote bereit stehen; vor allem Lehrinhalte in Schule sowie Aus- und Weiterbildung müssen ständig angepasst werden.

Handlungsempfehlungen

- Für Sachsen-Anhalt sollte schnellstmöglich eine digitale Agenda erarbeitet werden, die insbesondere den Fahrplan für Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Datensicherheit, E-Government, Schule sowie Aus- und Weiterbildung zum Inhalt hat. Die Umsetzung sollte durch die Landesregierung gefördert und koordiniert werden.
- Bis spätestens 2018 müssen im Land flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s verfügbar sein. Entsprechende Initiativen privater Netzbetreiber und Kommunen sollten gefördert werden.
- Die IKT-Themen müssen noch stärker in Schulen und in der beruflichen Aus- und Weiterbildung verankert werden.
- Forschung und Entwicklung für die Verbesserung der IT-Sicherheitssysteme im Land sollte wesentlich verstärkt und das Cyber Crime Competence Center der Landespolizei sollte weiter gestärkt werden.
- Das Rechtssystem muss schnellstens weiterentwickelt und an die „digitale Welt“ angepasst werden. Das gilt sowohl für das Vertragsrecht, das Urheberrecht und das Wettbewerbsrecht als auch für das Arbeitsrecht und den Datenschutz.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmensicht

Wie wollen Sie die Digitalisierung in Sachsen-Anhalt forcieren?

Wie wollen Sie den schnellen Breitbandausbau in Sachsen-Anhalt sichern?

Was werden Sie zur Stärkung der IT-Sicherheit tun?

Deregulierung

Bürokratiemotor stoppen!

Das **Ziel** aller Deregulierungsbemühungen besteht darin, eine überschaubare Regelungsdichte sowie eine straff organisierte Verwaltung zu schaffen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Wirksame Regeln müssen einfach und verständlich sein: Jede Rechtsvorschrift muss für Betroffene verständlich formuliert sowie hinsichtlich Inhalt und Regelungszweck nachvollziehbar sein. Dies gehört zum Kern verlässlicher Rahmenbedingungen.

Vorschriftenflut eindämmen, Eigeninitiative Raum geben: Regeln sind unverzichtbar. Aber ein alles durchdringendes und kleinliches Regelungsdickicht engt jeden Raum zur Entfaltung unverhältnismäßig stark ein. Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, eine neue Vorschrift zu erlassen, dann ist es unbedingt notwendig, keine neue Vorschrift zu erlassen!

Vorfahrt für Subsidiarität: Oft sind Vorschriften, die auf nationaler oder europäischer Ebene erlassen werden, nicht in der Lage, regionale Unterschiede angemessen zu berücksichtigen. Daher sollten Entscheidungen vorzugsweise auf derjenigen Ebene gefällt werden, wo die Kenntnis der besonderen Umstände und Auswirkungen am größten ist. Die Selbstverwaltungsorganisationen sind näher am Geschehen und haben oft die größere Sachkenntnis.

Deregulierung als Dauer- und Querschnittsaufgabe begreifen! Schritt für Schritt voran: Ein über Jahrzehnte gewachsenes Verordnungsdickicht lässt sich nicht an einem Tag lichten, geschweige denn beseitigen. Hier sind dauerhafte Anstrengungen nötig. Leider kommen ständig neue Regelungen hinzu. Ein interessanter Ansatz, diesem Problem beizukommen, ist die von der Bundesregierung eingeführte „One in, one out“-Regel: Für jede neue Regel ist eine alte zu streichen. Sachsen-Anhalt würde von der Anwendung dieser Regel auf Landesebene profitieren.

Handlungsempfehlungen

- Kräfte und Kompetenzen der Selbstverwaltung stärken!
- Bürokratiekostenmessung durchführen bzw. konsequent weiterführen; Erfolgsmessungen konkretisieren, kommunizieren und bestmöglich ausweiten!
- Noch mehr Möglichkeiten schaffen, Vorschriften befristet zu erlassen und nach Ablauf der Frist die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Vorschrift zu überprüfen!
- Wiederherstellung des sog. strengen Subsidiaritätsprinzips, nach dem Kommunen sich nur wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn sie auf diese Weise einen öffentlichen Zweck besser und wirtschaftlicher als ein anderer, in der Regel privater, Anbieter erfüllen können.
- Fairen Ausgleich zwischen Verbraucherschutz und Produzenteninteressen unterstützen! Konsumentensouveränität wird durch schlichte Verbote nicht gefördert!
- Das E-Government sollte ausgeweitet und weiter vereinfacht werden, ohne Datensicherheit und Datenschutz zu vernachlässigen. Dadurch ließen sich Verwaltungsprozesse schneller und effizienter organisieren.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich für eine Vereinfachung von Regeln und Vorschriften einsetzen? Wie?

Werden Sie die Befristung von Gesetzen und Verordnungen ausweiten? Wie?

Werden Sie sich für eine stärkere Orientierung am Subsidiaritätsprinzip einsetzen? Wie?

Das **Ziel** einer umsichtigen und nachhaltigen Umweltpolitik besteht in der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen zu vertretbaren Kosten.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Nachhaltigkeit ist ein Zieldreieck: Nachhaltigkeit umfasst nicht nur die ökologische Dimension; ökonomische und soziale Faktoren müssen ebenfalls – gleichrangig – beachtet werden. Ökonomie und Ökologie müssen keinesfalls in einem grundsätzlichen Zielkonflikt zueinander stehen; dort, wo Konflikte gleichwohl offenkundig vorhanden sind, braucht es intelligente Lösungen.

Umsichtige Umweltpolitik ohne Ideologie und Alarmismus: Umweltpolitik darf keinesfalls rein ideologischen Vorgaben oder dem Zeitgeist folgen. Geschürte Ängste und Alarmismus dürfen eine rationale und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende sachliche Argumentation nicht verdrängen. Es sollte mehr Augenmerk auf langfristige Strategien als auf kurzfristigen Aktionismus gelegt werden.

Umweltschutzziele mit Augenmaß umsetzen: Umweltschutz ist nicht umsonst zu haben, mithin muss auch dafür das Wirtschaftlichkeitsprinzip gelten. Immer neue und höhere Umweltschutzanforderungen verursachen zunehmende Kosten, ein adäquater Nutzen ist dagegen nicht immer erkennbar. Notwendig ist also eine Abwägung von Aufwand und Nutzen mit Augenmaß, um die Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Handlungsempfehlungen

- Generell sollte gelten: Wirtschaftshemmende Auflagen nach Möglichkeit vermeiden!
- Nur solche umweltpolitischen Maßnahmen sollten erfolgen, deren Wirksamkeit als erwiesen und nach Kosten-Nutzen-Abwägung als sinnvoll gelten kann.
- Gerade auch bei der Umsetzung unvermeidbarer Vorgaben oder Schutzgebietsausweisungen sind wirtschaftliche Interessen angemessen mit zu berücksichtigen.
- Bei Konflikten des Umweltschutzes mit anderen Belangen sollten die drei Ziele des Nachhaltigkeitsdreiecks – ökologische, ökonomische und soziale Aspekte – gleichgewichtig behandelt werden.
- Strikte 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben: Bevor zusätzliche landeseigene Forderungen erhoben werden, sind vorrangig europäische und deutsche Anforderungen umzusetzen.
- Es ist zu prüfen, ob spürbare Erleichterungen etwa bei Sicherheitsleistungen und Berichtspflichten möglich sind. Spielräume bei Genehmigungsverfahren sollten investitionsfreundlich genutzt werden!

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie eine wirtschaftsfreundlichere Umsetzung von Umweltbestimmungen erreichen?

Müssten Umweltschutzanforderungen noch verschärft werden? Welche und warum?

Sollten Schutzgebietsausweisungen Investitionen behindern dürfen? Was tun?

Das **Ziel** aller Bemühungen muss sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Verflechtung der sachsen-anhaltischen Wirtschaft zu erhöhen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Gute Rahmenbedingungen für auslandsaktive Unternehmen sind entscheidend: Sachsen-Anhalt konnte zwar seine Exporte in den letzten Jahren steigern. Dennoch liegt der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz (Exportquote) mit knapp 30 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 49 Prozent. Günstige Rahmenbedingungen für Forschung, Technologietransfer und Innovation sowie unterstützende Förderung bei der Internationalisierung tragen dazu bei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

KMU brauchen besondere Unterstützung: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der sachsen-anhaltischen Wirtschaft. Gerade sie stehen bei der Erschließung und Bearbeitung ausländischer Märkte vor großen Hürden und benötigen deshalb besondere Unterstützung. Während andere Bundesländer – insbesondere Sachsen – ihre unternehmensorientierten Förderinstrumente zumeist ausgebaut haben, ist in Sachsen-Anhalt seit Jahren insoweit kaum Fortschritt zu erkennen. Erschwerend kommt hinzu, dass etablierte Angebote, wie zum Beispiel Delegationsreisen des Landes, „ausgelagert“ wurden.

Ausländer unterstützen und Image verbessern: An den Universitäten werden zahlreiche ausländische Studenten ausgebildet, von denen nach Beendigung des Studiums nur ein Bruchteil in Sachsen-Anhalt arbeitet. Damit geht nicht nur das erworbene Wissen, sondern auch internationale Kompetenz per se verloren. Die Landesregierung sollte Projekte unterstützen, die die Rekrutierung ausländischer Absolventen und Arbeitnehmer befördert. Eine umfassende, gewollte und gelebte Willkommenskultur gehört dazu.

Handlungsempfehlungen

- Anstrengungen verstärken, um die Anzahl der im Auslandsgeschäft aktiven Unternehmen zu erhöhen!
- Unternehmen bei der Suche nach ausländischen Absolventen und Fachkräften unterstützen!
- Bewährte Förderinstrumente beibehalten und neue Fördermaßnahmen (z. B. „Innovationsassistenten“) an die realen Bedingungen in den KMU anpassen!
- Landesrepräsentanz in China als Brücke zu asiatischen Märkten stärken!
- Unternehmer als Botschafter Sachsen-Anhalts wahrnehmen, ausrüsten und nutzen!

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie eine stärkere Einbindung der Unternehmen in Wirtschaftskreisläufe innerhalb der Europäischen Union und der Weltwirtschaft erreichen?

Wie wollen Sie eine bessere Verzahnung der internationalen Aktivitäten von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bewirken?

Was muss das Land tun, um Sachsen-Anhalt als wettbewerbsfähigen Investitionsstandort und attraktives Ziel für ausländische Fachkräfte zu präsentieren?

Das **Ziel** einer zukunftsgerichteten Technologiepolitik besteht darin, die Innovationskraft der sachsen-anhaltischen Unternehmen zu stärken. Damit werden neue Wachstumspotentiale erschlossen und die Stellung der Unternehmen im globalen Wettbewerb gestärkt.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) stärken die Innovationsfähigkeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen: Dies gilt sowohl für die Grundlagen- als auch für die anwendungsorientierte Forschung, für Naturwissenschaften ebenso wie für andere Wissenschaftszweige. Sachsen-Anhalts Wissenschaftslandschaft braucht internationale Vergleiche nicht zu scheuen. Dieses hohe Niveau muss gehalten und sogar weiter ausgebaut werden, gleichzeitig sind weitere Einsparpotentiale zu nutzen.

Die Innovationsfähigkeit der Unternehmen wird maßgeblich von ihrer F&E-Kompetenz bestimmt und kann durch die Forschungsleistung der Hochschulen wesentlich gestärkt werden: Dafür freilich ist ein konkreter und „treffsicherer“ Wissens- und Technologietransfer in die Unternehmen notwendig. Die Technologiepolitik muss deshalb in erster Linie auf die Stärkung der F&E-Kompetenz in den kleinen und mittelständischen Unternehmen gerichtet sein und deren spezifische Bedürfnisse, nicht zuletzt hinsichtlich der Finanzierung, im Blick haben.

Die Innovationsförderung sollte grundsätzlich technologieoffen sein: Zwar beschreibt die „Regionale Innovationsstrategie 2014 bis 2020“ (RIS) wichtige Zukunftsbereiche, auf die sich die Technologieförderung im Land konzentrieren soll. Dadurch dürfen aber nicht von vorn herein einzelne Technologien und Branchen von einer Förderung ausgeschlossen werden, ansonsten würden die Chancen für Sachsen-Anhalt durch mögliche Innovationen, die außerhalb des gesetzten „RIS-Rahmens“ liegen, vertan.

Handlungsempfehlungen

- Die Forschungs- und Technologieförderung sollte primär auf die Stärkung von F&E-Kompetenzen in den (überwiegend kleinen und mittleren) Unternehmen ausgerichtet sein. Ziel muss die wirtschaftliche Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse sein.
- Unternehmerische Ideen sollten ohne Beschränkung auf „politisch vorgegebene“ (siehe RIS) Technologien und Branchen unterstützt werden. Schwerpunkte mögen verstärkend, aber ohne selektive Ausschlüsse gesetzt werden.
- Die Forschungsförderung sollte verstetigt und an die realen Forschungs- und Entwicklungszeiträume (insbesondere in den Unternehmen) angepasst werden.
- Darlehen und steuerliche Forschungsförderung sind wichtige Ergänzungen in der F&E-Förderung; keinesfalls aber können sie die bewährten Zuschussprogramme insbesondere für KMU ersetzen.
- Der Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen sollte durch geeignete und effektive Instrumente intensiviert und ausgebaut werden.
- Erfolgskontrolle bei Förderprojekten sicherstellen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die Innovationskraft der sachsen-anhaltischen Unternehmen stärken?

Wie wollen Sie einen noch wirksameren Wissens- und Technologietransfer erreichen?

Halten Sie eine grundsätzlich branchen- und technologieoffene Förderung für wichtig?

Infrastruktur

Substanzverzehr stoppen!

Das **Ziel** wirksamer Infrastrukturpolitik besteht darin, eine intakte und leistungsfähige Infrastruktur als wichtige Vorleistung für privatwirtschaftliches Engagement bereitzustellen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Infrastruktur ist Wachstumsvoraussetzung: Die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur eines Landes bestimmt maßgeblich über dessen wirtschaftliche Entwicklung mit. Dies gilt neben der Verkehrs- vor allem auch für die technisch/technologische Infrastruktur. So sind sowohl gut ausgebaute Verkehrswege als auch leistungsstarke Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Breitbandanbindungen und Energienetze für die Wirtschaft von existenzieller Bedeutung.

Keine Infrastrukturinvestitionen nach Kassenlage: Die Bundesregierung will mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 vor allem den weiteren Substanzverzehr bei Straßen, Schienen und Wasserstraßen stoppen und gleichzeitig noch bestehende Engpässe und Lücken im Verkehrsnetz durch Aus- und Neubaumaßnahmen beseitigen. Gleiches muss für die Landes- und Kommunalstraßen gelten. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel müssen deshalb bereitgestellt und auf hohem Niveau verstetigt werden. Alle Einnahmen aus der Mauterhebung im Straßennetz sind vollumfänglich und zweckgebunden für den Erhalt und den Ausbau der Straßeninfrastruktur einzusetzen.

Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sichern: Trotz immer höherer Anforderungen und immer besserer Recyclingtechnologien wird es auf absehbare Zeit nicht möglich sein, gänzlich auf die Deponierung von Abfällen zu verzichten. Dafür werden mittelfristig die Flächen knapp. Zur Vermeidung eines Entsorgungsnotstandes, insbesondere bei mineralischen Abfällen, muss deshalb umgehend mit der Planung und dem Bau neuer Deponien begonnen werden. Das Land muss diesen Prozess unterstützend begleiten.

Handlungsempfehlungen

Mit Blick auf die Bundesebene:

- Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 planmäßig und konsequent umsetzen!
- Finanzierungssicherheit für Infrastrukturinvestitionen und Instandhaltung gewährleisten!
- A 143 Westumfahrung Halle, A 14-Nordverlängerung und B 6n von Köthen bis zur A 9 fertig stellen!
- Ortsumfahrungen für Lutherstadt Wittenberg, Coswig/Griego, Naumburg/Bad Kösen bauen!
- Elbe und Saale als Bundeswasserstraßen erhalten, Schifffahrtsbedingungen schnellstens verbessern, Saalekanal bei Tornitz bauen!

Mit Blick auf die Landesebene:

- Mehr Haushaltsmittel zur Beseitigung des Investitions- und Instandhaltungssaus bei Landstraßen und Brücken und für eine leistungsfähige Landesstraßenbauverwaltung!
- Bedarfsgerechte ÖPNV-Infrastruktur (Bus/Schiene) sichern!
- Entsorgung durch den Bau neuer Deponien gewährleisten!

Fragen an die Kandidaten aus **Unternehmersicht**

Welche Infrastrukturprojekte in Sachsen-Anhalt sind für Sie besonders wichtig?

Wie wollen Sie eine auskömmliche Finanzierung von Substanzerhalt und notwendigen Netzergänzungen der Infrastruktur sicherstellen?

Werden Sie sich für den Bau neuer Abfalldeponien einsetzen?

Landesimage

Strategische (Medien-)Kommunikation ist Trumpf!

Das **Ziel** strategischer Kommunikationspolitik im Sinne von „Imagepflege“ besteht darin, Sachsen-Anhalt – nach innen wie nach außen – als Land mit einem bestimmten individuellen Profil im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Bewusstsein braucht Botschaft: Das Profil und das Selbstverständnis des Landes müssen durch ein – authentisches – Leitbild auf den Punkt (und auf den Begriff) gebracht werden.

Prägung braucht Präsenz: Kein Image entsteht ohne Öffentlichkeit. Sachsen-Anhalt muss mit dem Leitbild und entsprechenden Botschaften dauerhaft medial präsent sein. Positiv bewertet die IHK Halle-Dessau das Bemühen der Landesregierung, über eine Imagekampagne zunächst grundsätzlich stärker auf Sachsen-Anhalt mit einer Charmeoffensive aufmerksam zu machen. Die Herausforderung besteht darin, diese Aufmerksamkeit stärker zu nutzen, als dies in den vergangenen Jahren gelungen ist. Es braucht dringend die Saat inhaltsreicher Botschaften im Rahmen einer konsistenten Kommunikationsstrategie! Dass dies desto leichter gelingen wird, je besser Sachsen-Anhalt wirtschaftlich „da-steht“, versteht sich von selbst – und sollte ein weiterer Ansporn für eine gute Wirtschaftspolitik sein.

Image braucht Inhalt: Die Medienpräsenz muss primär über echte Berichterstattung erzielt werden; redaktionelle Inhalte bewirken auf Dauer mehr als (teure) Werbeanzeigen. Grundsätzlich gilt: Die Einwohner selbst sind die besten Botschafter des Landes. Erfolgreiche Unternehmer wie überhaupt Menschen, die gern hier leben und arbeiten, sind unverzichtbare Akteure jeder Kommunikationsstrategie.

Handlungsempfehlungen

Notwendig sind:

- Ein Leitbild – es muss griffig deutlich machen, wofür das Land inhaltlich steht.
- Eine stärkere Identifikation der Menschen im Land mit „ihrem“ Land.
- Integration und Partizipation der Menschen als „Botschafter“ des Landes.
- Ein strategisches Kommunikationskonzept für eine Charmeooffensive mit folgenden Kernelementen:
 - Deutliche Erhöhung der Präsenz in überregionalen und internationalen Medien
 - Positivthemen identifizieren und „besetzen“, Erfolgsgeschichten „erzählen“ und in Gesamtzusammenhang einordnen
 - Strategische Medienpartnerschaften aufbauen und gezielt nutzen
 - Explizite Berücksichtigung so genannter „neuer“ Medien
 - Kontinuierliche Erfolgskontrolle nach wohldefinierten Kriterien und Maßstäben.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie dazu beitragen, das Landesbild positiv zu prägen?

Was werden Sie tun, um die Identifikation der Sachsen-Anhalter mit ihrem Land zu stärken?

Wie sieht Ihre Medienstrategie für die Imagebildung des Landes aus und welche Kernelemente enthält sie? (Mit wem) beabsichtigen Sie strategische Medienpartnerschaften?

Herausgeber und Redaktion:

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Geschäftsfeld Standortpolitik
Franckestraße 5 | 06110 Halle (Saale) | Telefon: 0345 2126-0
Fax: 0345 2029649 | info@halle.ihk.de | www.halle.ihk.de

Foto Titelseite: © Landtag von Sachsen-Anhalt

September 2015